

Niederschrift

BaMo/015/2023

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Bau- und
Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine
am 02.02.2023

Die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied/Vorsitzender
------------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Ratsmitglied
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Alexander Burmeister	CDU	Ratsmitglied
Herr Stephan Huesmann	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Heiko Isfort	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Christian Jansen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Herr Bernhard Kleene	SPD	Ratsmitglied
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Ulrich Moritzer	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Manoharan Murali	SPD	
Herr Engelbert Nagelschmidt	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr André Schaper	SPD	Ratsmitglied
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Herr Claus Schröder	BfR	Sachkundiger Bürger
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied
Frau Annelie Wellmann	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Franz-Josef Hesping		Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat
Herr Claus Meier		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Mahmoud Tahmaz		Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat

Vertreter:

Herr Hans Havers	CDU	Vertretung für Herrn Thomas Oechtering
Herr Christian Heeke	CDU	Vertretung für Herrn Guido Scholz

Gäste:

Herr Zuidinga	Kreis Steinfurt
Frau Schlattmann	Kreis Steinfurt

Verwaltung:

Frau Milena Schauer	Beigeordnete
Frau Elke Jaske	Fachbereichsleiterin Planen und Bauen
Herr Dr. Jochen Vennekötter	Betriebsleiter TBR
Frau Claudia Kurzinsky	Produktverantwortliche Hochbau
Herr Thomas Roling	Produktverantwortlicher Mobilitäts- und Verkehrs- planung
Frau Andrea Mischok	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Thomas Oechtering	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Guido Scholz	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Thomas Schürmann	DIE LINKE	Sachkundiger Bürger

Herr Brauer eröffnet die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Herr Beckmann stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 14 – Ausbau Laugärten Ost - in die nächste Sitzung zu verschieben. Seitens der Mitglieder des Ausschusses wird nicht widersprochen.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 014/22 über die öffentliche Sitzung am 24.11.2022

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Niederschrift werden nicht vorgetragen. Diese ist somit genehmigt.

2. Informationen der Verwaltung

Der Verwaltung liegen keine Informationen vor.

2.1. Informationen der Straßenverkehrsbehörde

Frau Schauer erklärt, dass ihr keine Informationen seitens der Straßenverkehrsbehörde vorliegen und Herr Elbers heute nicht anwesend sei.

Herr Brauer berichtet vom Stadtteilbeirat Schotthock, dass dort die Verkehrsbelastung der Straße Am Stadtwalde angesprochen worden sei. Er möchte anregen, dort eine Verkehrszählung durchzuführen. Dies soll ein Hinweis sein, um Daten in Bezug auf die Verkehrsbelastung zu erhalten.

Frau Schauer erklärt, dass dies sicherlich durchgeführt werden könne.

3. Einwohnerfragestunde

Bürger 1

Bürger 1 erklärt, dass seine Frage auf den Tagesordnungspunkt 5 – Verlängerung RadBahn Münsterland abziele. Er erklärt, dass er im Jahr 2020 einen Brief an den Bürgermeister geschrieben habe, ob man die RadBahn verlängern könne. Hierzu regt er an, eine Untertunnelung der alten Eisenbahnstrecke Rheine - Münster herbeizuführen, weiter auf der B 481 Richtung Berninghoffallee zu fahren und dann weiter zur neuen Unterführung Eisenbahnstrecke Rheine – Osnabrück. So hätte man eine gute Verbindung Richtung Kettelerufer, Eschendorfer Aue und Richtung Gellendorf. Er möchte wissen, ob diese Planung im Zusammenhang mit der jetzt angedachten Baumaßnahme, die unter TOP 5 behandelt werde, verwirklicht werden könne.

Frau Schauer erklärt, dass man sich im November 2022 mit zahlreichen Anregungen im Bereich Radverkehr auseinandergesetzt habe. Es gebe zwar ein Radverkehrskonzept, in dem aber sicherlich noch nicht alle Maßnahmen enthalten seien. Es seien verschiedene Anregungen, unter anderem die von Herrn Berning, im Arbeitskreis vorbesprochen worden. Die Anregung sei ausführlich diskutiert, aber erst einmal zurückgestellt worden.

Herr Roling erklärt, dass es aus technischer Sicht möglich sei, eine Querung unterhalb des aufgeständerten Bahnkörpers zu schaffen. Dies sei aber sehr aufwändig in der Umsetzung. Der Vorteil sei nur, dass man von Rheine R zur B 481 komme. Dann müsse man wieder herunter zur Kreuzung Staelskottenweg fahren und die B481 queren. Von daher habe man in der Sitzung gesagt, dass man das Thema zurückstelle und erst einmal nicht weiter verfolge.

Bürger 2

Bürger 2 erklärt, dass er am Nachmittag noch kurzfristig eine E-Mail an einige Ratsmitglieder geschickt habe. Er möchte wissen, ob diese angekommen sei und ob diese Information zum TOP 8 für die Beschlussfassung noch berücksichtigt werden könne.

Frau Schauer erklärt, dass sich die Fragen in der Einwohnerfragestunde immer an die Verwaltung richten. Insofern könne sie nichts dazu sagen, was das Gremium hiervon berücksichtigen werde. Frau Schauer bietet an, dies zu TOP 8 noch einmal aufzugreifen, damit alle Mitglieder des Ausschusses hierüber informiert seien.

Bürgerin 3

Bürgerin 3 fragt zum TOP 5, ob auch andere Möglichkeiten geprüft worden seien den Radweg bis zum Melkeplatz zu verlängern, außer direkt am Gleiskörper entlang. Sie erklärt, dass sie besonders betroffen seien, da die Aufschüttung, die direkt über die Catenhorner Straße gehen solle, ermögliche, direkt das Grundstück einzusehen. Sie sehe dadurch ihre Privatsphäre mehr als verletzt. Sie möchte wissen, ob es andere Möglichkeit gebe, den Radweg fortzuführen, da sehr viele Anwohner von dieser Maßnahme betroffen seien.

Herr Zuidinga vom Kreis Steinfurt erklärt, dass man diesen Radweg schon 10 Jahre lang plane und verschiedene Varianten geprüft habe. Jetzt habe man sich für die Variante entschieden, dass man den Radweg über die Hauenhorster Straße als Nebenstraße führen werde.

Frau Schauer erklärt, dass man natürlich auch Radverkehr über Straßen führen könne, was aber vom Komfort für die Radfahrer ein Unterschied sei, ob man mit dem Pkw-Verkehr oder separat fahre. Man habe natürlich durch das Radfahrnetz eine gute Qualität bis an den Bahnhof nah heranzufahren, welches auch das erklärte Ziel seit vielen Jahren sei.

4. Eingaben

Es liegen der Verwaltung keine Eingaben vor.

**5. Verlängerung der RadBahn Münsterland vom Staelskottenweg bis zur Hafenbahn
- Vorstellung der Planung -
Vorlage: 014/23**

Herr Brauer begrüßt Herrn Zuidinga und Frau Schlattmann, die für den Kreis Steinfurt zu diesem Thema anwesend sind.

Herr Zuidinga stellt den Arbeitsstand und die verschiedenen Varianten für die Verlängerung der RadBahn vom Staelskottenweg bis zur Hafenbahn im Einzelnen vor. Er erklärt, dass man sich für die Variante 3 entschieden habe, die aus ihrer Sicht die gestalterisch hochwertigste Variante sei und ohne weiteren Durchstoß umgesetzt werden könne. Hierbei können die Nebenflächen z. B. mit Säulenhainbuchen begrünt werden, wie man dies in anderen Abschnitten auch schon gemacht habe. Er erklärt, dass bei dieser Variante Zwischenpodeste vorgesehen seien, welche aber nicht eine so steile Neigung haben. Ein weiteres planerisches Element sei die Radfahrerbrücke. Hierfür habe man eine Idee aus dem Rheinland weiterverfolgt, wo man einen bestehenden Bahnwaggon aufbereitet und mit einem Geländer verstärkt und gesichert habe. Diesen Entwurf würde der Kreis Steinfurt gerne weiter verfolgen.

Herr Beckmann erklärt, dass er eine Gefahr darin sehe, wenn man von Rheine R kommend durch die Neigung Fahrt aufnehme, was gerade vielleicht jüngeren Radfahrenden viel Spaß bereiten könne.

Herr Zuidinga erklärt, dass durch die kleiner werdenden Radien ein Abbremsen nötig sei und sich dadurch die Geschwindigkeit reduziere. Im Moment würde man prüfen, ob LED-Leuchtbalken mit eingebaut werden können, die dann den Fahrbahnrand noch besser verdeutlichen werden.

Herr Nagelschmidt erklärt, dass er sich freue, dass endlich eine Möglichkeit gefunden wurde, den Bahnradweg in Richtung Bahnhof zu verlängern und die Idee einer Waggonbrücke mit aufgenommen wurde. Er weist darauf hin, dass die Abfahrt Richtung Melkeplatz ihm Sorgen bereite. Er finde eine S-Schleife mit Gefälle, wie sie hier vorgesehen sei, sehr gefährlich. Ihm wäre die Variante mit der geraden Führung und der Anlage eines Wendeplatzes lieber, um eine schnörkellose Variante zu erhalten.

Herr Jansen weist darauf hin, dass, wenn man schon einen Neubau plane, dies auch barrierefrei tun solle. Sie würden der Variante 3 zustimmen.

Herr Kleene erklärt, dass auch ihnen die Barrierefreiheit wichtig sei. Er weist auf die Anwohnerin aus der Einwohnerfragestunde hin, die erklärte, dass die Benutzer des Radweges direkt in den Garten und das Haus Einblick haben. Herr Kleene fragt, ob hierfür ein Sichtschutz möglich und geplant sei.

Herr Zuidinga erläutert den Verlauf und erklärt, dass die Anpflanzung einer Hecke sehr pflegeintensiv sei und sehr schnell in den Lichtraum der RadBahn hereinwachse. Außerdem sei die Unterhaltung von der Rückseite her nur mit dem Betreten der Grundstücke möglich. Deswegen habe man sich entschieden, hier keine Einfriedigung vorzunehmen.

Herr Kleene fragt, ob ein anderer Sichtschutz als eine Hecke möglich sei.

Herr Zuidinga antwortet, dass man einen Sichtschutz machen könne, allerdings hierfür die Kostenübernahme nicht geklärt sei. Sie als Kreis würden einen Sichtschutz nicht unterstützen.

Herr Dr. Konietzko ist der Meinung, dass man sich mit der S-Schleife und dem Gefälle neue Probleme heranhole.

Herr Brauer fragt, ob man sicherstellen könne, dass die Strecke nicht zur Skaterbahn werde.

Herr Zuidinga weist darauf hin, dass man die Kurve mit einem Skateboard nicht schaffen könne.

Herr Jansen regt an, die Mobilitätsgruppe der Skateboardfahrer an dieser Stelle auszuschließen.

Herr Burmeister bittet um eine kurze Ausführung zu den Kosten.

Herr Zuidinga erklärt, dass man vor einem Jahr Baukosten in Höhe von 1,2 Mio. Euro ermittelt habe. Er gehe davon aus, dass die Kosten mit der Erweiterung der Planung einschließlich Planungsnebenkosten bei ca. 2 Mio. liegen werden, wobei die Stadt Rheine die Hälfte tragen müssen. Herr Zuidinga weist darauf hin, dass die Maßnahme mit 70 % gefördert werde.

Beschluss:

1. Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Planung des Kreises Steinfurt zur Verlängerung der RadBahn Münsterland vom Staelskottenweg bis zur Hafenbahn zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der Entwurfsplanung eine Vereinbarung mit dem Kreis Steinfurt zur Planung und zum Bau der Weiterführung der RadBahn Münsterland (vom Staelskottenweg bis zur Hafenbahn) zu schließen. Die erforderlichen Mittel sind im Haushalt 2024 zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit
 1 Nein-Stimme
 1 Enthaltung

6. Verlängerung und Anpassung der Qualitätsvereinbarung zu E-Tretrollern Vorlage: 019/23

Frau Schauer weist darauf hin, dass im Dezember 2022 die Änderung der Sondernutzungssatzung beschlossen wurde und der Verwaltung somit die Handlungsmöglichkeit gegeben worden sei, Sondernutzungen für E-Tretroller zu erteilen. Die Qualitätsvereinbarung, die man mit der Firma Tier geschlossen habe, sei den Gegebenheiten und Erkenntnissen der letzten Monate angepasst worden. Frau Schauer empfiehlt, dies so weiter fortzuführen.

Herr Kleene erklärt, dass die Mitglieder der SPD der Vorlage zustimmen werden. Er merkt an, dass er gesehen habe, dass doch an manchen Stellen Roller herumstehen und liegen würden. Deshalb möchte er die Firma Tier bitten, darauf besser zu achten und die Roller entsprechend einzusammeln bzw. aufzustellen.

Frau Schauer weist darauf hin, dass die Roller von der Firma Tier nicht generell jeden Abend eingesammelt werden. Nur wenn der Roller sich einige Zeit nicht bewegt habe oder der Akku ausgetauscht werden müsse, werde dies gemacht.

Herr Isfort erklärt, dass auch sie der Vorlage zustimmen werden. Für die Firma Tier habe er noch Anregungen, zu denen er gerne eine Rückmeldung hätte. Herr Isfort regt an, dass der Bereich

des SC Altenrheine noch besser angeschlossen werden solle. Auch ist es aus seiner Sicht nötig, in Richtung Gellendorf mehr Abstellfläche auszuweisen.

Frau Schauer erklärt, dass sie die Anfragen weiterleiten werde.

Herr Jansen erklärt, dass auch sie zustimmen werden. Er bittet von der Firma Tier prüfen zu lassen, ob es eine Möglichkeit gebe, die Außenbereiche Elte, Mesum und Rodde mit einzubeziehen.

Herr Dr. Konietzko fragt wie man damit umgehen werde, wenn der Anbieter die in der Qualitätsvereinbarung festgesetzten Modalitäten nicht einhalten werde.

Frau Schauer erklärt, dass dies eine Frage der Sondernutzung sei. Der Fachbereich 3 werde die Sondernutzungsgenehmigung für ein Jahr erteilen. Wenn dann eklatant gegen die Auflagen aus der Qualitätsvereinbarung verstoßen werde, könne die Sondernutzungsgenehmigung auch entzogen werden. Allgemein handle es sich hier um eine Vereinbarung und keinen Vertrag. Frau Schauer könne aber sagen, dass man bis jetzt sehr gute Erfahrungen gemacht habe und sich an die Vereinbarungen gehalten wurde.

Herr Schomaker erklärt, dass auch sie Anregungen haben, die an die Firma Tier weitergeleitet werden sollen. Er bittet die Zahlen nachzureichen, die auf gewünschte Nutzungen die nicht durchgeführt werden konnten, da kein Tretroller in der Nähe war, basieren. Weiter fragt er, ob sich die Rechtslage geändert habe, dass die E-Tretroller auf Schrittgeschwindigkeit gedrosselt werden können. Bei Rollern die an gefährlichen Positionen abgestellt werden, sehe er die 12-Stunden-Frist zum Entfernen dieser als zu lange an. Die Roller müssten so schnell wie möglich entfernt werden. Hierbei denke man besonders an Menschen mit Handicap, die dann die Stelle passieren müssen. Auch seien umgestürzte Roller bei einsetzender Dunkelheit schwer zu erkennen. Er fragt, ob es möglich sei, die Roller an verschiedenen Stellen mit Reflektoren zu versehen, damit sie auch im liegenden Zustand gesehen werden können.

Frau Schauer erklärt, dass sie die Zahlen der nicht erfolgten Nutzungen anfragen werde. Die Idee der Anbringung weiterer Reflektoren finde sie eine gute Idee und werde sie weiterleiten. Die Rechtslage zur Drosselung der Roller habe sich nicht geändert, sie habe dies aber mit aufgenommen, falls sich die Rechtsgrundlage ändern sollte. Was die 12-Stunden-Frist zum Entfernen des Rollers betreffe, sei die Firma i.d.R. schneller dabei, die Roller wieder aufzustellen bzw. zu entfernen, gerade wenn die Situation dies dringend erfordere.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zur Ausbringung von E-Tretrollern in Rheine zur Kenntnis und stimmt der aktualisierten Qualitätsvereinbarung mit der Fa. TIER Mobility SE zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**7. Neubau Elsa-Brändström-Realschule
-Abschluss Entwurfsphase und Kosten
Vorlage: 032/23**

Frau Schauer führt in die Thematik ein und erläutert die drei Punkte der Beschlussfassung. Sie weist darauf hin, dass es im heutigen Beschluss um einen Zwischenschritt gehe und der Zeitplan extrem eng sei, damit die Schule Mitte 2025 an den Start gehen könne.

Herr Schaper regt an, die Kostenverfolgung transparent zu halten, da man die geplanten 82 Mio. Euro im Auge behalten müsse.

Herr Dr. Konietzko bittet Frau Schauer um den Stand der Fördermittel.

Frau Schauer erklärt, dass es keine Fördermittel für den Schulneubau gebe. Man sei in der Prüfung, ob man Fördermittel für den energetischen Bereich generieren könne, wozu sie im Moment aber noch nichts Konkretes sagen könne.

Herr Jansen weist darauf hin, dass die geplante Turnhalle für sie auch sehr massiv wirke und dass die Farbe nicht unbedingt betongrau sein solle. Auch er vermisse eine aktuelle Kostenübersicht und bittet darum, von Anfang an eine Übersicht in Tabellenform zu erstellen, damit man genau sehen könne was sich verändere.

Frau Kurzinsky erläutert anhand einer Präsentation den Stand der Maßnahme.

Herr Murali fragt, ob es im Bereich der Fenster PV-Anlagen geben werde.

Frau Kurzinsky weist darauf hin, dass es Aluminiumfenster mit einer 3-fach-Verglasung gebe und im Bereich der Fenster keine PV-Anlagen vorgesehen seien. Die PV-Anlagen werden auf den Dachflächen, welche maximal ausgenutzt werden, angebracht.

Herr Schaper möchte wissen, ob über eine Fassadenbegrünung nachgedacht worden sei, um das Mikroklima an der Stelle zu verbessern.

Frau Schauer erklärt, dass man das Thema PV-Anlagen an Fenstern erörtert, aber nicht nachverfolgt habe. Es gebe Systeme die aber noch nicht so ausgereift seien und evtl. sogar Probleme mit dem Brandschutz machen würden, da es beim Schulbau erweiterte Anforderungen gebe, als dies in anderen Bereichen nötig sei. Das Thema Fassadenbegrünung habe man nicht so stark besprochen. Eine klassische Fassadenbegrünung, die von unten hochwachse, sei schwierig, da man gerade im EG-Bereich keine geschlossene Fassade habe. Wenn man dies machen möchte, müsse man eine ganz andere Fassadenkonstruktion wählen, als man zu Beginn geplant habe.

Herr Dr. Konietzko regt an, dass Themen zum energetischen Konzept weiter kommuniziert und intensiviert werden sollen.

Beschluss:

1. Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zu den Fassaden für das zukünftige Gebäude der Elsa-Brändström-Realschule und der dazugehörigen Sporthalle zur Kenntnis.
2. Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Vergabe der Leistungsphasen 5 (Ausführungsplanung), 6 (Vorbereitung der Vergabe) und 7 (Mitwirkung bei der Vergabe) an die Architekten und weiteren Fachplaner.

Die Leistungsphase 8 (Objektüberwachung/Bauüberwachung) ist so weit zu beauftragen, wie es die vorbereitenden Maßnahmen am neuen Standort für einen Baubeginn im September 2023 erfordern.

3. Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zur Planung der Außenanlagen zur Kenntnis und beschließt die weitere Ausarbeitung auf der dargestellten Grundlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Umsetzungsplanung von Baumneuanpflanzungen in Straßen im Rahmen der Maßnahmen zur linearen Durchgrünung des ISEK-Schotthock Vorlage: 040/23

Frau Jaske stellt die Vorlage vor.

Sie bezieht sich auf das Schreiben eines Anwohners der Overbergstraße, der für die anderen Anlieger, mit Ausnahme eines Anliegers, spreche. Sie haben sich im Rahmen der Beteiligung gemeldet und möchten sich bedanken, dass den Einzeleingaben gefolgt worden sei. Sie seien aber mit einem Abwägungsvorschlag nicht einverstanden. Es werde von vier Baumstandorten nur zwei verwirklicht werden und zudem auch noch zwei Stellplätze wegfallen. Frau Schauer verliest die Begründung des Anwohners: „Durch den Ersatzstandort vor dem Haus Nr. 107 ergibt sich eine weitere Verschärfung der Einfahrtssituation Ludgeristraße/Overbergstraße. Diese ist aufgrund des hohen Parkdrucks auch auf der Ludgeristraße äußerst gefährlich. Regelmäßig entstehen dort unübersichtliche Verkehrssituationen, die nur mit viel Glück und Umsicht der ortskundigen Verkehrsteilnehmer bislang noch nicht zu schwerwiegenden Unfällen geführt haben. Dem Ordnungsamt der Stadt Rheine dürfte die Situation bekannt sein. Wenn sich hier schon keine Abhilfe schaffen lässt, sollten zumindest alle Maßnahmen unterbleiben, die die Situation noch weiter verschärfen. Weiter gebe es noch die Situation ähnlich bei der Einfahrt in die Overbergstraße vom Konrad-Adenauer-Ring aus. Dort sind schon regelmäßig Kfz von Bewohnern aus dem Eckhaus abgestellt. Ein Beet führt an dieser Stelle mit Sicherheit nicht ernsthaft verkehrsdämpfend. Er führt nur zum Wegfall von Stellfläche, die vor allem den Parkdruck durch die Kundschaft des Fleischerfachgeschäftes mindern hilft.“ Frau Schauer erklärt, dass dann noch die hohen Kosten bemängelt werden, die sich lt. Vorlage auf 30.000,00 Euro belaufen. Weiter werde gesagt, dass man dieses Geld an anderer Stelle einsetzen könne, wobei für sie der verkehrsdämpfende Wert nicht erkennbar sei. Weiter werde kritisiert, dass der alternative Vorschlag mit den Grundstückseigentümern nicht noch einmal besprochen worden sei und sie möchten sich somit an dieser Stelle noch einmal dazu äußern. Sie möchten einen Alternativvorschlag einreichen, der weit weniger gravierende Einflüsse auf die Anlieger, aber zumindest den gleichen Nutzen für das Klima habe. Auf dem Konrad-Adenauer-Ring seien in Fahrtrichtung Innenstadt Stellplätze beim Ausbau der Straße vor ca. 10 Jahren angelegt worden, weil damals die Straße zur Verkehrsdämpfung verengt worden sei und diese Flächen somit entbehrlich waren. Dort würden gelegentlich Fahrzeuge abgestellt, wobei die Parkplätze zu keinem Zeitpunkt vollständig genutzt werden. Die Anlegung von zwei Pflanzbeeten an dieser Stelle sei ohne negative Auswirkungen auf den Parkdruck und werde für das Klima den gleichen Effekt bewirken. Sie möchten darum bitten, diesen Ersatzstandort heranzuziehen.

Herr Schaper erklärt, dass man sich für den Schotthock große Ziele vorgenommen habe und man durch die Pflanzung von Bäumen den Klimaschutz in dem Bereich vorantreiben möchte. Dies sei positiv für das Mikroklima und die Biodiversität. Er erklärt, dass sie die Anliegen der Anwohner in der Overbergstraße gut nachvollziehen können, deshalb wäre es auch aus ihrer

Sicht gut, eine Alternative für die Bäume am Konrad-Adenauer-Ring zu prüfen. Ein weiteres Thema sei die Grünbewirtschaftung, die jetzt schon am Limit sei, da die Stellensituation sehr eng sei und das Arbeitspensum immer mehr erweitert wurde. Man müsse konsequenter darüber nachdenken, wie die Stellensituation bei der TBR weiter ausgebaut werden könne, damit das Arbeitspensum auch zu schaffen sei.

Herr Beckmann schlägt vor, das Gespräch mit den Anwohnern der Overbergstraße zu suchen. Insgesamt sei die Maßnahme eine optische Aufwertung für den Bereich. Für ihn seien die Anwohner gut mitgenommen worden.

Herr Isfort erklärt, dass bei ihnen das Thema Beschattungen und Parkplätze im Vordergrund gestanden haben. Auch er regt an, der Vorlage zuzustimmen und die Overbergstraße noch einmal auszuklammern, damit der Anregung nachgegangen werden könne.

Herr Huesmann erklärt, dass man der Vorlage folgen könne. Auch er regt an, die Overbergstraße bei der Beschlussfassung auszuklammern und von der Verwaltung noch einmal zu prüfen.

Frau Schauer erklärt, dass es bei ihrer jetzigen Wortmeldung nicht um die Overbergstraße gehe. Diese würde sie ausklammern und den Sachstand noch einmal neu aufbereiten und mit den Anwohnern sprechen. Wenn es aber so sein solle, dass keine Baumstandorte gemacht werden können, wenn Anwohner dies nicht wollen, Parkplätze wegfallen oder potenzielle PV-Anlagen, die vielleicht nie gebaut werden, als Grund herangezogen werden, dann werde sie nur noch Standorte auf dem Acker oder im Wald suchen und keine mehr in Siedlungsgebieten. Ihr sei wichtig klarzustellen, dass es Abwägungen gegeben habe, die zwischen verschiedenen Belangen getroffen werden müssen.

Herr Jansen erklärt, dass er Frau Schauer voll und ganz zustimmen möchte. Für die Overbergstraße sei er auch der Meinung, dass es noch einen gesonderten Termin geben solle, um dann endgültig eine Entscheidung treffen zu können.

Herr Brauer lässt im Nachgang über den Beschlussvorschlag I. und II. mit Ausnahme der Overbergstraße abstimmen.

geänderter Beschluss:

- I: Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger:**
Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt die unter Ziffer I der Begründung aufgeführten Abwägungen und Beschlussvorschläge.
- II: Festlegung der herzustellenden Baumstandorte und der Bepflanzung:**
Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt die unter Ziffer II der Begründung aufgeführten Baumstandorte und die Angaben zur Herstellung und Bepflanzung.

Die Overbergstraße ist von der Beschlussfassung ausgenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei
einer Enthaltung

9. Erneuerung der Straßenbeleuchtung in der Emsstraße, von Borneplatz bis Hansaallee (Rahmenplan Innenstadt C8.2) sowie Erneuerung der Weihnachts- und Eventbeleuchtung
Vorlage: 039/23

Frau Schauer erklärt, dass es in dieser Vorlage um die Funktionsbeleuchtung und Event- und Weihnachtsbeleuchtung einschließlich der Aufhängungen ohne Beleuchtung gehe. Im ersten Teil der Vorlage gehe es um die Funktionsbeleuchtung, die über das Förderprogramm Rahmenplan 1.0 gefördert werden solle und im zweiten Teil um die Weihnachts- und Eventbeleuchtung. Für den zweiten Teil gebe es noch keinen Auftrag und auch noch keine bereitgestellten Haushaltsmittel. Deshalb möchte Frau Schauer heute die Frage stellen, ob dies weiterverfolgt werden solle. Für eine grobe Orientierung habe man eine Planung beigelegt, die aber nicht diskutiert werden solle.

Herr Kleene erklärt, dass die Mitglieder der Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen können. Er möchte wissen, ob und welche Kosten auf die Anlieger zukommen werden.

Herr Roling erläutert, dass die Kosten der Funktionsbeleuchtung zu 100 % bei der Stadt, abzüglich der Förderung, liegen werden. Die Anlieger werden finanziell nicht in Anspruch genommen. Für die Anlieger werde es eine Anliegerversammlung für einen Austausch geben.

Herr Jansen erklärt, dass sie einer Beleuchtung mit LED-Technik generell erst einmal zustimmen können. Problematisch sehen sie die Beleuchtung an der Ems, gerade unter den Bäumen, da dies nicht insektenfreundlich sei. Vielleicht könne dies von den Planern noch umgestaltet werden. Zur Weihnachtsbeleuchtung bittet Herr Jansen um Zahlen in Bezug auf die Unterhaltung der aktuellen Beleuchtung, was die neue Beleuchtung koste und was diese an Stromersparnis bringen würde.

Herr Roling weist darauf hin, dass die Bodenstrahler am Emsufer nicht Thema der Vorlage seien, sondern nur die Emsstraße geplant sei.

Frau Schauer erläutert, dass man die Weihnachts- und Funktionsbeleuchtung auch bezüglich der Aufhängungen gemeinsam geplant habe, es aber zwei getrennte Ausschreibungen geben werde, die auch zeitlich laufen werden. In diesem Jahr müsse die Grundbeleuchtung fertig werden, wobei der andere Prozess gerade erst anlaufe und auch noch keine Haushaltsmittel eingeplant seien. Da die jetzige Beleuchtung abgängig sei und vielleicht noch maximal 2 Jahre genutzt werden könne, mache ein Kostenvergleich keinen Sinn.

Herr Beckmann erklärt, dass es hier jetzt um eine konsequente Umsetzung zu einer energiesparenden Beleuchtung gehe und er dies begrüße.

Beschluss:

1. Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt, die Straßenbeleuchtung im Bereich der Emsstraße, von Borneplatz bis zur Hansaallee, (Lageplan Seite 2 und 3 der Anlage 5) zu erneuern.
2. Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung, im Zuge der Planung zur Straßenbeleuchtung als Seilüberspannung die technischen Voraussetzungen an dieser Seilüberspannung zur Ergänzung einer Weihnachts- und Eventbeleuchtung mit einzuplanen.

3. Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung, zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung in der Emsstraße eine Anliegerbeteiligung durchzuführen.
4. Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung mit einer Beteiligung der Innenstadtakteure zum Thema Weihnachts- und Eventbeleuchtung und einer anschließenden erneuten Vorlage im Bau- und Mobilitätsausschuss mit einem Umsetzungskonzept.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Prüfung der roten Klinkersteine auf Radwegen
Vorlage: 041/23**

Herr Jansen regt an, zu dem Thema noch einen Ortstermin zu machen.

Herr Dr. Vennekötter stimmt dem zu, sich die einzelnen Stellen anzusehen und dann zu überlegen, was noch möglich sei.

Herr Schröder bittet, die Unterführung Salzweg hierbei mit einzubeziehen.

Herr Nagelschmidt findet die Aussagen des Gutachters sehr lapidar und erklärt, dass er die Situationen anders sehe. Er bittet, sich die schadhaften Stellen anzusehen und zeitnah auszubessern.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass die Steine genormt seien. Der Einbau dieser Steine ist ordnungsgemäß erfolgt. Es habe sich herausgestellt, dass sie glatter seien, aber deshalb nicht als verkehrsunsicher eingestuft werden müssen. Man werde sich die kritischen Stellen ansehen, wobei man dann auch nur eventuell eine Reinigung vornehmen könne. Zur Aussage des Gutachters erklärt er, dass diese nicht lapidar sei, sondern genau das gewesen sei, was man für die Entscheidung abgefragt habe.

Frau Wellmann regt an, sich punktuell um gefährliche Stellen, wo schon Unfälle passiert sind, zu kümmern.

Herr Jansen könne Frau Wellmann zustimmen und regt an, sich die Stellen anzusehen, ob man vlt. mit einer Reinigungsmaßnahme die Situation entschärfen könne oder auch weiter über bauliche Veränderungen nachdenken müsse.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt keine weiteren Maßnahmen durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Antrag der CDU-Fraktion: Prüfauftrag Parksituation Versorgungszentrum West
Vorlage: 024/23**

Herr Beckmann erklärt, dass sie mit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung einverstanden seien. Die Mitglieder der CDU wünschen eine örtliche Begehung mit der Polizei, der Feuerwehr und dem Rettungsdienst, um sich die Situation gemeinsam anzusehen und entsprechende Verbesserungsvorschläge erarbeiten zu können.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob im Bereich der öffentlichen Verkehrsflächen das Erfordernis und die Möglichkeit bestehen, die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer zu verbessern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Antrag der Fraktionen CDU und FDP: Absenkung von Bordsteinen
Vorlage: 026/23**

Herr Beckmann erklärt, dass sie dem Beschlussvorschlag der Verwaltung so zustimmen können.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt, dass bei künftigen Straßenbaumaßnahmen und beim Bau zusätzlicher Zufahrten an bestehenden Straßen für die Bordabsenkung an Grundstückszufahrten der Einsatz von Schrägbordsteinen vorrangig zum Einsatz kommt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. Widmung des Hertawegs als Fuß- und Radweg
Vorlage: 045/23**

Herr Schaper erklärt, dass durch den Beschluss das Vereinsleben des Kanu- und Angelvereins eingeschränkt werde, da der Weg direkt zum Vereinsgelände führe. Sie sehen die Problematik für ältere und gehbehinderte Personen, für die es dann schwierig sei, zum Vereinsheim zu kommen. Er frage sich, wie schnell und unbürokratisch eine Sondernutzungsgenehmigung zu bekommen sei und wie sichergestellt werden könne, dass das Vereinsleben an der Ems nicht leide. Auch sehen die Anwohner und der Stadtteilbeirat am Hörstkamp Probleme bei Veranstaltungen auf sich zukommen, da dadurch dann am Hörstkamp vermehrt geparkt werde. Man hoffe schnellstmöglich auf eine alternative Zuwegung zu den Vereinsheimen.

Frau Schauer erklärt, dass es Gespräche mit den Vereinen gegeben habe. Die Widmung als Fuß- und Radweg sei wichtig. Hierdurch erreiche man die Achse in die Innenstadt, die dann über das Kettelerufer zu erreichen sei. Außerdem werde es Ausnahmeregelungen geben z. B. für den

Boottransport, was über eine entsprechende Beschilderung geregelt werde. Auch können Sondernutzungen personenbezogen für Kfz ausgestellt werden, wenn z. B. eine Gehbehinderung bestehe. Frau Schauer weist darauf hin, dass der Armisia-Parkplatz als Ausweichparkplatz für den Bereich zur Verfügung stehe.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine nachfolgenden Beschluss zu fassen:

Folgende Straßen werden gemäß § 6 Abs. 1 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 23. September 1995 (StrWG NRW - GV NRW S. 1028) in der zurzeit gültigen Fassung als Geh- und Radwege für den öffentlichen Verkehr gewidmet:

1. Hertaweg von der Grenze des Bebauungsplanes Nr. 181 „Hörstkamp-Ost – Teil A“ (nach Grundstücksgrenze der Hausnummern 11 und 10) bis zur Einmündung des Fuß- und Radweges Kettelerufer
2. Kettelerufer von Hertaweg bis nördliche Grundstücksgrenze Kettelerufer 70

Die Straßen erhalten als Geh- und Radwege die Eigenschaft von sonstigen öffentlichen Straßen nach § 3 Abs. 5 des Straßen- und Wegegesetzes. Der Übersichtsplan ist Bestandteil der Widmungsverfügung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 14. Ausbau Laugärten Ost (53014 - 0202)**
(Wischmannstr. – Ludgerusring)
I. Abwägung und Abwägungsbeschlüsse zu den Eingaben der Anlieger
II. Festlegung des Bauprogramms
Vorlage: 020/23

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der Tagesordnungspunkt abgesetzt.

- 15. Ausbau Alter Neuenkirchener Weg (53014-623)**
(Lindenstr. - Sprickmannstraße)
im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 172, Kennwort: "Lindenstraße-West"
I. Abwägung und Abwägungsbeschlüsse zu den Eingaben der Anlieger
II. Festlegung des Bauprogramms
Vorlage: 021/23

Beschluss:

Zu I: Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger

Der Bauausschuss beschließt die unter Ziffer I / Begründung aufgeführten Abwägungen.

- Beschlussvorschläge siehe Begründung –

Zu II: Festlegung des Bauprogrammes

Der Bauausschuss beschließt nachfolgendes Bauprogramm für den Ausbau der Straße:

Alter Neuenkirchener Weg (Lindenstr. - Sprickmannstraße) / verkehrsberuhigter Bereich

Ausbau im Mischprinzip mit folgenden Teileinrichtungen:

1. Mischfläche, bestehend aus
 - a) niveaugleicher Fahr- und Gehwegfläche mit Unterbau und einer Decke aus grauem bzw. rotem Betonsteinpflaster
 - b) Verkehrsgrün, bestehend aus Grünbeeten mit/ohne Baumbepflanzung/Strauchbepflanzung und mit Unterpflanzung
 - c) Parkständen mit Unterbau und einer Decke aus anthrazitfarbenem Betonsteinpflaster
2. betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung
3. Straßenentwässerung mit Anschluss an die Kanalisation

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. Sanierung der Autobahn A 30; Brückenerneuerung Vorlage: 027/23

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt, dass im Zuge der Sanierung der Autobahn A 30 für die zu erneuernden Brückenbauwerke A 30 /Im Coelln, A 30/ L 501 und A 30 /L 593 durch die Stadt Rheine kein Aufweitungsverlangen gegenüber der Autobahn GmbH ausgesprochen wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

17. 1. Fortschreibung der Stellplatzsatzung der Stadt Rheine

I. Beratung der Ergebnisse aus der öffentlichen Auslegung

II. Satzungsbeschluss

Vorlage: 035/23

Frau Jaske erklärt, dass man im Bau- und Mobilitätsausschuss vom 24.11.2022 beschlossen habe, den Entwurf der ersten Fortschreibung der Stellplatzsatzung auszulegen, welches in der Zeit vom 16.12.2022 bis zum 24.01.2023 stattgefunden habe. Es habe eine Eingabe gegeben, in der es um den Zeitpunkt für den Nachweis eines Förderbescheides gegangen sei und man dem Grund dieser Eingabe folgen konnte. Frau Jaske führt weiter aus, dass man die Satzung insofern geändert habe, dass der Förderbescheid erst zum Baubeginn vorgelegt werden solle, sodass die Baubehörde immer noch die Möglichkeit des Eingreifens habe. Frau Jaske weist darauf hin, dass andere Dinge, die noch nachgetragen wurden, nur zur Klarstellung beitragen sollen.

Herr Isfort erklärt, dass er aus den Medien einen Vorschlag mitbekommen habe, dass Stellplätze demnächst breiter vorgesehen werden sollen. Die Stellplatzsatzung sollte die Möglichkeit haben, dies bei einer kurzfristigen Änderung mit zu berücksichtigen.

Herr Moritzer erklärt, dass es ihnen um die ÖPNV-Anbindung gehe. Es werde geschrieben, dass einmal der Hauptbahnhof zu einer sehr guten ÖPNV-Anbindung führe und Bus- und Bahnsteige im Kreis von 300 Meter zu einer guten ÖPNV-Anbindung führe. Er frage sich, warum nicht alle Haltestellen, einschließlich Bushaltestellen berücksichtigt werden können.

Frau Schauer erklärt, dass man sich die Frage gestellt habe, ob sich jemand aufgrund einer Busanbindung ein Auto anschaffe oder nicht. Man könne sich vorstellen, wenn man in Bahnhofsnähe wohne und z. B. nach Münster pendle, die Entscheidung zu treffen, dass man kein Auto benötige. Wenn man aber z. B. in Gellendorf oder Hauenhorst wohne, wo es eine Busanbindung für einen gewissen Tageszeitraum gebe, sich die Frage stelle, ob man aufgrund dessen sein Auto abschaffe und somit keinen Stellplatz benötige. Aus Sicht der Verwaltung sei dies nicht gegeben, weshalb andere Möglichkeiten zur Stellplatzreduktion einbezogen werden müssen.

Beschluss:

I. Beratung der Ergebnisse aus der öffentlichen Auslegung

Der Bauausschuss der Stadt Rheine empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine die Abwägung aus der Beteiligung der Öffentlichkeit entsprechend den beigefügten Abwägungsvorschlägen (siehe Anlage 1).

II. Satzungsbeschluss

1. Beschluss über die Abwägungsempfehlung des Bauausschusses

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Bauausschusses zum Beteiligungsverfahren zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Stellplatzsatzung betroffenen Belange vor.

2. Satzungsbeschluss

Gemäß des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung sowie der §§ 48 Abs. 3 Nr. 20, 89 Abs. 1 Nr. 4 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. 2018, S. 421) in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung wird die Stellplatzsatzung der Stadt Rheine als Satzung beschlossen

Diese Satzung (Anlagen 2-4) tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

18. Anfragen und Anregungen

Herr Dr. Konietzko erklärt, dass es um Grundschüler gehe, die von Wadelheim zur Kardinal-von-Galen-Schule fahren müssen. Zwischen der Nadigstraße und Dutumer Straße müsse die Felsenstraße von den Schülern zweimal gequert werden, wenn sie mit dem Fahrrad unterwegs seien. Weiter sei auch die Fahrbahndecke sehr problematisch.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass die Schüler die abschüssige Straße benutzen müssen, wo kein Geh- und Radweg sei. Jetzt stehe die Straße für eine Sanierung an, weshalb man überlege, dort einen Radfahrstreifen mit anzulegen, was mit der Verwaltung geprüft werde.

Herr Murali weist darauf hin, dass er ein paar Fragen und Anregungen vom Stadtteilbeirat Eschendorf mitbringe. Es gehe um die Bevergerner Straße als Fahrradstraße. Ihm gehe es um den Abschnitt Basilikastraße bis Kopernikusstraße, wo man sich die Frage stelle, ob man dies bis zum Kreisverkehr Rodder Damm /Aloysiusstraße erweitern könne. Im Abschnitt Kopernikusstraße bis Rodder Damm parken auf der rechten Seite sehr viele Autos, wobei das Radfahren dann dort sehr gefährlich sei. Weiter gehe es ihm noch um den Abschnitt Basilikastraße bis Ludwigstraße, wo u. a. von Mitarbeitern des Emstorhauses geparkt werde und die Straße ein Schulweg zur Gesamtschule sei.

Frau Schauer erklärt, dass sie die erste Anregung als mögliche Maßnahme „Fortschreibung weitere Aktivitäten Radverkehr“ mitprüfen werden. Den zweiten Punkt werde sie erst einmal an die Straßenverkehrsbehörde weiterleiten. Von da aus könne dann geprüft werden, ob hier mit einer entsprechenden Beschilderung geholfen werden könne.

Herr Moritzer weist auf einen Gefahrenpunkt an der Tichelkampstraße hin, die beidseitig mit roten Fahrradstreifen versehen sei. Dort gebe es immer wieder Engpässe mit Radfahrenden und Pkws, wenn diese aus beiden Richtungen kommen. Man sehe immer öfter Radfahrer auf den Gehweg ausweichen. Weiter erklärt er, dass die Elter Straße für Radfahrende, die nach der Soldatenbrücke Richtung Elte fahren, sehr kritisch sei. Er erklärt, dass es einen Vorschlag gegeben habe, die Dünenstraße, die parallel zur Elter Straße verlaufe, für Radfahrer zu nutzen. Dies würde gerade sehr gut für Radfahrer aus Richtung Elte passen. Seine dritte Frage beziehe sich auf den Sachstand in Bezug auf die Sandsteinmauer.

Herr Brauer weist darauf hin, dass es für die Sitzung im März eine Vorlage für die Sandsteinmauer geben werde.

Frau Schauer erklärt, dass es für die Tichelkampstraße baulich keine andere Möglichkeit gegeben habe. Hier müssen sich alle Verkehrsteilnehmer an die bestehenden Verkehrsregeln halten. Bei der Elter Straße sei man dabei, diese für den Radverkehr aufzuwerten.

Herr Roling berichtet zum Sachstand Elter Straße, dass die Umleitung über die Dünenstraße schon einmal beim Radnetz NRW angefragt wurde und dies nicht als Alternative befürwortet wurde. Zum Sachstand Elter Straße berichtet er, dass zwei Umbauvarianten ausgearbeitet worden seien, welche man im Bau- und Mobilitätsausschuss noch vorstellen werde. Danach werde man in die Gespräche mit dem Baulastträger gehen und sich an eine Variante herantasten. Die erste Variante sei, die Mehrzweckstreifen als Fahrradstreifen umzufunktionieren, was allerdings zur Folge habe würde, dass dort nicht mehr geparkt werden könne. Die zweite Variante wäre, dass man den gesamten Querschnitt neu überplane und man beidseitig einen gemeinsamen Geh- und Radweg schaffen werde, wobei man bei dieser Variante längs parken einplanen können. Allerdings werde die Fahrbahn dann schmaler und die Maßnahme teurer.

Herr Tappe erklärt zum Schulgebäude in Rodde, dass die Dachausbauten und Fassaden noch in einem bedenklichen Zustand seien und bis jetzt noch nichts saniert worden sei. Wie er gehört habe, seien zwei Ausschreibungen ins Leere gelaufen, dass es aber eine dritte Ausschreibung gegeben habe. Er würde gerne erfahren, wie weit man hiermit sei.

Frau Schauer erklärt, dass die Ausschreibungen im Dachdeckerbereich sehr schwierig verlaufen seien. Sie werde nachfragen und die Antwort nachreichen.

Herr Schomaker erklärt, dass an sie herangetragen wurde, dass in der Euregio Gesamtschule Brandschutztüren nicht funktionieren und Blitzableiter fehlen würden.

Frau Schauer werde dies an die Zentrale Gebäudewirtschaft weiter geben.

Herr Schaper erklärt, dass er an der Hünenborg gewesen sei und festgestellt habe, dass es Verfärbungen und Schäden an einigen Steinen gebe. Er möchte wissen, ob die TBR dort etwas machen könne.

Herr Dr. Vennekötter nimmt den Auftrag mit.

Ende der Sitzung:

19:36 Uhr

Karl-Heinz Brauer
Ausschussvorsitzender

Andrea Mischok
Schriftführerin